

# Die extreme Rechte bei den Betriebsratswahlen 2022

von Mark Haarfeldt und Tim Ackermann<sup>1</sup>

Zwischen März und Mai 2022 fanden bundesweit die Betriebsratswahlen statt. Ein zentraler Moment für Millionen abhängig Beschäftigter in Betrieben, in denen Betriebsräte als Interessenvertretungen agieren. Immerhin gehören die Betriebsratswahlen in Deutschland zu den Wahlen mit der höchsten Wahlbeteiligung. Auch wenn es die Demokratie hinter den Werkstoren nur noch in ca. zehn Prozent aller Betriebe gibt, werden immerhin etwa 40 Prozent aller Beschäftigten von Betriebsräten vertreten.<sup>2</sup> Seit etwas mehr als einem Jahrzehnt sind die Gewerkschaften des DGB und ihre Betriebsräte jedoch mit einem Angriff von Rechts auf die zentralen gewerkschaftlichen Machtbasen konfrontiert. Der extrem rechte Verein „Zentrum Automobil“ (ZA)<sup>3</sup> – der sich heute nur noch „Zentrum“ nennt – gründete sich 2009 im Daimlerwerk Untertürkheim und schaffte 2010 den Einzug in das Betriebsratsgremium. Bei den Betriebsratswahlen 2018 hatte er im Bündnis mit anderen extrem rechten und neurechten Akteuren – unter anderem der Zeitschrift „Compact“, der „Identitären Bewegung“, Pegida, dem „Institut für Staatspolitik“, dem Verein „Ein Prozent“ und Teilen der AfD – mit relativ hohem organisatorischen und finanziellen Aufwand die Kampagne „Werde

Betriebsrat“ durchgeführt, die von umfangreichem und professionell aufgemachtem Kampagnenmaterial begleitet wurde. In diesem Rahmen gelang ihm auch der Einzug in andere Betriebsratsgremien der Automobilbranche sowie vereinzelt auch bei Zulieferbetrieben und in der Metall- und Elektroindustrie. Insgesamt konnte ZA bei diesen Wahlen 20 Betriebsratsmandate in acht Betrieben gewinnen. Auch wenn das Ergebnis quantitativ äußerst überschaubar geblieben ist, so konnte ZA dennoch die Zahl der extrem rechten Betriebsräte erhöhen und damit „Brückenköpfe“ in den Betrieben bilden.

Damit hat sich ZA ein Terrain erschlossen, das von der Neuen und extremen Rechten bis dahin kaum beachtet wurde. Teile der Neuen Rechten streben eine strategischen „Vorfeldpolitik“ an und wollen über neurechte Organisationen in allen Bereichen der Gesellschaft präsent sein, um so ihre Ideologie alltagsweltlich im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Dieser Ansatz zielt darauf ab, eine hegemoniale Position in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und damit eine machtpolitische Verschiebung der gesellschaftlichen wie politischen Verhältnisse zu erreichen. Geht es nach den Vorstellungen von Jürgen Elsässer oder Björn Höcke kann diese Funktion in den Betrieben und der Arbeitswelt eben nur von ZA eingenommen werden: ZA soll gegen die „linken Gewerkschaften des DGB“ vorgehen und über Betriebsratsmandate eine soziale Basis der Neuen Rechten in Betrieben aufbauen. Auch wenn der Verein nur wenige hundert Mitglieder hat, nimmt er damit eine Schlüsselfunktion im Ensemble der neurechten Organisationen ein.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die seit Jahren zu beobachtende überdurchschnittliche Zustimmung zur AfD von einerseits organisierten Gewerkschafter\*innen und andererseits Arbeiter\*innen sowie Angestellten bei

1 Tim Ackermann, M.A., ist Soziologe, arbeitet als Bildungsreferent für das DGB Bildungswerk NRW e. V. und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). In den letzten Jahren hat er sich insbesondere mit den Themen Wirtschafts- und Sozialpolitik von Rechts, Gewerkschaften und extreme Rechte, Antisemitismus der Neuen Rechten, Sozialpopulismus von Rechts und völkische Kapitalismuskritik sowie der Identitären Bewegung auseinandergesetzt.

Dr. Mark Haarfeldt ist Historiker. Er ist Bildungsreferent beim DGB Bildungswerk e. V. sowie ehrenamtlich wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Seine Schwerpunkte sind neurechte Organisationen und Strukturen, Neonazismus, Fußballfankultur.

2 Leider war das Betriebsrätemodernisierungsgesetz von 2021 – die ursprüngliche Bezeichnung Betriebsrätestärkungsgesetz ist im Laufe des Novellierungsprozesses realitätsgerechterweise wieder verschwunden – kein großer Wurf hin zur Demokratisierung der Arbeitswelt oder auch nur zur Förderung der Etablierung von neuen Betriebsratsgremien gewesen. Eine erneute, umfassendere Reform der Betriebsverfassung mit real wirksamen Regelungen zur Stärkung der Mitbestimmung steht nach wie vor aus.

3 „Zentrum Automobil“ bezeichnet sich selbst gerne als „Alternative Gewerkschaft“. Allerdings fehlt dem Verein jegliche Voraussetzung für eine gewerkschaftliche Organisation und von der grundlegenden Anforderung der Tariffähigkeit ist sie mangels Größe weit entfernt.

Wahlen.<sup>4</sup> Die Wahlerfolge in diesen Milieus führten zu einem Bedeutungszuwachs der sozialen Frage innerhalb der AfD. Insbesondere Björn Höcke und die offen völkisch-nationalistischen Teile der AfD forcieren eine sozialpopulistische Demagogie und präsentieren sich verbal als „Anwalt der Arbeiter und Sozial-Schwachen“, um abhängige Beschäftigte sowie Prekarisierte anzusprechen und für die AfD zu gewinnen. Die Agitation erfolgt mit einer rechten sozialpopulistischen Demagogie sowie einem völkischen, antisemitisch codierten „Antikapitalismus“, die sich gegen Gewerkschaften, Kapital und Globalisierung richten. Dabei stellen die Gewerkschaften des DGB den zentralen Gegner dar.

### Anknüpfungspunkte im Bewusstsein der Arbeiter\*innen

Die sozialpopulistische Demagogie der völkisch-nationalistischen Rechten kann durchaus an spezifische Anknüpfungspunkte im Bewusstsein der Arbeiter\*innen andocken. Diesen liegen einerseits umfassende ökonomisch-soziale und kulturelle Veränderungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte zugrunde. Andererseits basiert die gefühlte Plausibilität der extrem rechten Rhetorik und Programmatik auf bereits vorhandenen rassistischen, nationalistischen und anderen menschenverachtenden Einstellungsmustern.

Der globale Siegeszug des Kapitalismus und die damit einhergehenden kapitalistischen Landnahmen nach der gewonnenen Systemauseinandersetzung 1989 haben auch in Deutschland zu umfangreichen neoliberalen Reformen des Sozialstaats und zu einem Abbau von dessen Schutzfunktionen für abhängig Beschäftigte und Arbeitslose geführt. Damit, sowie mit der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes einhergehend, verschob sich die Verteilung der ge-

schaffenen Werte zwischen Arbeit und Kapital: Während die Lohnquote sank, stieg die Profitquote entsprechend (vgl. Bontrup 2000, S. 408 ff., DGB 2018, S. 14 ff.), so dass die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend weiter auseinander ging. Mit diesen sozioökonomischen Umbrüchen waren auch Kulturkämpfe verbunden. Die „fortgesetzte Entfesselung eines auch gesellschaftspolitisch, in Fragen der Herkunft zudem farbenblinden Kapitalismus, der zuvor durch ethische Schranken blockiert wurde“ (Gebhard 2018, S. 53), trug zu einer gesellschaftspolitischen Liberalisierung bei, in dessen Zuge Frauen und gesellschaftliche Minderheiten eine zunehmende rechtliche Gleichstellung wie gesellschaftliche Sichtbarkeit durchsetzen konnten (vgl. El-Mafaalani 2018). Diese Aufwertungen sowie die mit ihnen einhergehenden Werteverchiebungen haben auch eine gefühlte Abwertung traditioneller Lebensstile, wie sie in den Arbeiter\*innenmilieus verbreitet sind, bedingt (vgl. Urban 2018, S. 105 f.). Diese Entwicklungen vollzogen sich vor dem Hintergrund relativ stabil bleibender menschenverachtender Einstellungen in der Gesamtgesellschaft (vgl. Heitmeyer 2018).

Auch die konkrete Situation in den Betrieben eröffnet spezifische Zugänge abhängig Beschäftigter zu einer sozialpopulistisch agierenden extremen Rechten. So spielt die Sorge um die Gestaltbarkeit der eigenen Erwerbsbiographie in der Zukunft und die damit einhergehenden Kontrollverlustängste eine wichtige Rolle bei der Wahl rechter Parteien (vgl. Hilmer u. a. 2017). Auch die permanente Reorganisation in den Unternehmen, der dadurch steigende Zeit- und Leistungsdruck sowie die damit einhergehenden Anpassungsleistungen der Beschäftigten können über den gefühlten Kontrollverlust über die eigenen Arbeitsbedingungen sowie der schleichenden Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu einem „betrieblichen Nährboden“ für die Hinwendung zu einem völkisch-autoritären Populismus führen (vgl. Sauer u. a. 2018). Insgesamt ist feststellbar, dass „Sichtbare Verschlechterungen in der Arbeitswelt, Zumutung und Ohnmachtserfahrungen, die Enteignung von Sozialeigentum (wie stabilisierender wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen) und

<sup>4</sup> So haben bspw. bei der Bundestagswahl 2021 insgesamt 10,3 Prozent der Wahlberechtigten und 12,2 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder – neben Mitgliedern der Gewerkschaften des DGB sind hier auch Mitglieder bspw. des Beamtenbundes enthalten – die AfD gewählt (vgl. DGB 2021). Bei den wählenden Arbeiter\*innen haben sogar 21 Prozent ihre Stimme der AfD gegeben (vgl. Tagesschau 2021a). Allerdings ist hier ein starker Männerüberhang zu vermuten: Nur 8 Prozent der Frauen insgesamt hatten eine Präferenz für die AfD (vgl. Tagesschau 2021b).

die mutwillige Zerstörung identitätsstiftender Institutionensysteme wie das Normalarbeitsverhältnis (statt dessen Ausweitung auf alle Beschäftigungsgruppen) [...] unseren Ergebnissen zufolge einen zentralen Rahmen für das Erstarken rechtspopulistischer Organisationen“ (Brinkmann u. a. 2020, S. 166) darstellen.

Die in den verschiedenen Studien festgestellte arbeitsweltliche Gemengelage und die damit einhergehenden Gefühle von Ohnmacht und Wut können Formen exklusiver, ausschließender Solidarität begünstigen. Dies kann von der extremen Rechten über die völkische Besetzung der sozialen Frage und ihrer Umdeutung in einen Verteilungskampf zwischen „Innen“ und „Außen“ aufgegriffen werden. Dabei scheint insbesondere der Repräsentations- und Einflussverlust der Gewerkschaften des DGB eine wichtige Rolle zu spielen. So werden „zumindest Teile der Beherrschten für Interpretationen der sozialen Frage, die Gegensätze von oben und unten in Konflikte zwischen innen und außen, zwischen Migranten und einem als kulturell homogen vorgestellten deutschen Volk umdeuten“ (Dörre 2018, S. 51) umso empfänglicher, je „geringer die Aussichten der von Löhnen abhängigen Klassen sind, in den gesellschaftlichen Verteilungskämpfen eigene Gerechtigkeitsvorstellungen durchzusetzen“ (ebd.). Die Hinwendung nach Rechts sei somit auch „eine Reaktion auf eine gesellschaftliche Konstellation, die hier als Tendenz zu einer demobilisierten Klassengesellschaft bezeichnet wird. Klassenspezifische Ungleichheiten nehmen zu oder treten subjektiv in den Vordergrund, doch Organisationen und Bewegungen, die an der Konfliktachse von Kapital und Arbeit operieren, sind, an Organisations- und Diskursmacht gemessen, so schwach wie selten zuvor“ (Dörre 2020, S. 24).

Eine Betrachtung des spezifischen sozioökonomischen Kontextes der Hinwendung abhängig Beschäftigter zu extrem rechten und autoritären Deutungsmustern bleibt ohne die Hinzuziehung der in der Gesellschaft vorhandenen menschenfeindlichen Einstellungsmuster dennoch unvollständig. Sie bilden die Grundlage für exklusive und

autoritäre Lösungsstrategien sowie den Erfolg der nationalistischen Anrufungen. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Ergebnis, dass „AfD-Unterstützer sich außer in ihren Einstellungen zu Flüchtlingen kaum von anderen Deutschen unterscheiden“ (Schröder 2018, S. 14). Auch bei Personen, die als „Modernisierungsverlierer“ gelten können, sei die Frage der „Ausländerfeindlichkeit“ entscheidend für die Zustimmung oder Ablehnung der AfD (vgl. ebd., S. 16 f.). Rassistische Einstellungsmuster behalten somit als Voraussetzung für die Akzeptanz extrem rechter Deutungen gesellschaftlicher Verhältnisse Relevanz und können nicht von sozial- und arbeitspolitischen Fragen separiert werden.

Im Kontext der ökonomischen Verschlechterungen für abhängig Beschäftigte und der soziokulturellen Veränderungsprozesse kann die Hinwendung von Arbeiter\*innen zur AfD als „Bewegung polanyischen Typs“, als Teil der „Doppelbewegung“ kapitalistischer Landnahmen in einer Gesellschaft sowie der gesellschaftlichen Gegenbewegungen dazu begriffen werden (vgl. Bieling 2017). Polanyi zufolge führt die kapitalistische Entwicklung dazu, dass „die menschliche Gesellschaft zu einem Beiwerk des Wirtschaftssystems“ (Polanyi 2017, S. 111) herabsinkt. Allerdings könnte „keine Gesellschaft [...] die Auswirkungen eines derartigen Systems grober Fiktionen auch nur kurze Zeit ertragen, wenn ihre menschliche und natürliche Substanz sowie ihre Wirtschaftsstruktur gegen das Wüten dieses teuflischen Mechanismus nicht geschützt würden“ (Polanyi 2017, S. 109). Diese Prozesse der kapitalistischen Landnahmen in einer Gesellschaft, also der marktförmigen Organisation quasi aller gesellschaftlichen Bereiche, rufen jedoch auch „Gegenbewegungen“ (ebd., S. 182 f.) hervor. Im Gegensatz zu Bewegungen marxischen Typs bzw. Klassenbewegungen, deren Organisation auf Basis klassenspezifischer Interessen und anhand der Zugehörigkeit zu einer Klasse erfolgt, streben Bewegungen polanyischen Typs danach, „klassenunspezifische Grenzen abzustecken, auf deren Basis sie beanspruchen können, vor dem Mahlstrom [des Marktes, d. V.] geschützt zu werden“ (Sil-

ver 2005, S. 41). Im konkreten Fall werden diese „klassenunspezifischen Grenzen“ eben im Rahmen der als eigen begriffenen Nation gesucht, die auf Basis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk Schutz vor den Auswirkungen einer globalisierten kapitalistischen Ökonomie und migrantischer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bieten soll und die mit Abwertungen sowie Ausgrenzungen einhergehen. Diese Betrachtungsweise „lenkt die Aufmerksamkeit auf die durch die marktliberale Restrukturierung von Ökonomie und Gesellschaft hervorgerufenen sozialen und kulturellen Unsicherheiten und Erfahrungen von Ungerechtigkeit und Missachtung“ (Bieling 2017, S. 564).

Dennoch kann von einer Arbeiter\*innenbewegung von Rechts nicht ansatzweise gesprochen werden. Zum einen bilden Arbeiter\*innen, Angestellte und Arbeitslose eben nur einen nicht zu überschätzenden Teil der Basis der AfD – deren Interessenlagen in Programmatik und politischem Handeln der Partei zudem nicht einmal real aufgegriffen werden – und auch die massenhafte Hinwendung der Arbeiter\*innen zu ZA lässt nach wie vor auf sich warten. Zum anderen erfolgt die Formierung eben gerade nicht über die Kategorie des Arbeiters bzw. der lohnabhängig Beschäftigten und ihrer spezifischen Interessenlagen. Dementsprechend stehen diese Interessen und Forderungen zu ihrer Lösung auch nicht im Mittelpunkt – selbst bei ZA findet sich nur verschwörungstheoretisches Geräu- und Hetze, während man Themen wie die Durchsetzung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen, Begrenzung und Verringerung der Arbeitszeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, soziale Absicherungen und Stärkung des Sozialstaats, Ausweitung der Mitbestimmung u. ä. vergeblich sucht. Im Gegensatz zur historischen Arbeiter\*innenbewegung, die die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse durch Revolution oder Reform anstrebte und sich in ihrer politischen Arbeit erfolgreich um die konkrete Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten bemüht, bewegt sich die völkisch-autoritäre Formierung im Rahmen einer konformen Rebellion, die auf Basis konservativer bis reaktionärer Werte sowie im Rückgriff auf rassis-

tische, nationalistische und antifeministische Einstellungen die Verteidigung bis Radikalisierung der bestehenden Verhältnisse anstrebt.

### Verschwörungserzählungen im Betrieb

Seit den BR-Wahlen 2018 bemüht sich ZA in den Betrieben, in denen eine Verankerung in den Betriebsratsgremien erreicht werden konnte, darum, eine „Kümmerer-Politik“ (vgl. Schäfer u. a. 2020 und Express 2018) nach dem Vorbild ihrer Tätigkeit in dem Daimler-Werk in Untertürkheim zu etablieren. Öffentlich hingegen ist jedoch weiterhin fast ausschließlich Oliver Hilburger<sup>5</sup> und die Betriebsratsarbeit in Daimler-Werk in Untertürkheim ansatzweise wahrnehmbar. Hierbei ist insbesondere das von ZA produzierte, reißerisch aufgemachte Doku-Drama „Der Vertrauensmann“ zu erwähnen. Anlässlich der Kündigung zweier Beschäftigter von Daimler-Untertürkheim aufgrund anhaltender rassistischer Beleidigungen eines Kollegen mit Migrationshintergrund, versuchte ZA die beiden wahrheitswidrig als Opfer einer Verschwörung der IG Metall darzustellen.<sup>6</sup> Des Weiteren wird sich insbesondere über Imagevideos darum bemüht, ihrer Markierung als „extrem rechts“ durch die offensive Darstellung von Diversität entgegenzutreten. Dabei ist zum einen zu beachten, dass in den multikulturell geprägten Belegschaften der Automobilindustrie mit offenem Rassismus kaum Stimmen zu gewinnen sind, zum anderen, dass es durchaus auch rechte sowie extrem rechte migrantisches Milieus gibt, die in das betriebspolitische Projekt von ZA eingebunden werden können.

Daneben richtet sich ihre betriebliche Agitation nach den großen Themen der extremen Rechten außerhalb des Betriebs. So war

5 Oliver Hilburger ist Gründungsmitglied und erstes Betriebsratsmitglied des Vereins „Zentrum Automobil“. Zuvor war das „Urgestein der rechten Szene“ (Stuttgarter Zeitung) Gründungsmitglied und fast 20 Jahre Gitarrist der 2010 aufgelösten neonazistischen Band „Noie Werte“ (zu Hilburger vgl. Almendinger/ Haarfeldt 2020). Seinen Beitrittsantrag hatte die AfD 2015 abgelehnt, da er der Partei zu weit rechts stand. Und damit ist er bei ZA nicht alleine. Das bisherige Betriebsratsgremium des Daimler-Werkes in Untertürkheim hielt in einer Stellungnahme vor den Betriebsratswahlen 2018 fest, dass „fast der komplette Zentrum-Vorstand“ aus Personen besteht, die „sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen“ (Betriebsrat Daimler-Werk Untertürkheim 2018).

6 Die beiden Kündigungen sind mittlerweile arbeitsgerichtlich bestätigt worden.

in den Jahren 2015 und folgend ihr großes Thema die Hetze gegen die Zuwanderung geflüchteter Menschen. Ab dem Jahr 2019 griff ZA im Kontext des anstehenden klimagerechten Umbaus der deutschen (Automobil-)Industrie die herrschende Klimapolitik sowie die angestrebte Mobilitätswende an. Und seit 2020 hat ZA versucht, die Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie aufzugreifen.

Insbesondere die Leugnung der Gefahren der COVID-19-Pandemie und der Kampf gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sollte ZA die Ausweitung des eigenen Organisationsbereichs in andere Branchen ermöglichen. Mit dem Engagement im „Streikbündnis Deutschland gegen die Impfpflicht“ erhoffte man sich die Gründung von „Zentrums“-Betriebsrats-Listen auch im Gesundheits- und Pflegesektor. Dazu ging man ein Bündnis mit dem Magazin „Compact“, den „Freien Sachsen“, dem Blog „political incorrect“ und der Zeitung „Demokratischer Widerstand“ ein. Mit einem Bummelstreik von fünf Minuten wollte das Bündnis die große Zustimmung der Beschäftigten in medizinischen und Pflegeeinrichtungen demonstrieren. Der Streik floppte: Lediglich einige Dutzend Menschen beteiligten sich bundesweit am Rosenmontag. Und auch der betriebliche Zuspruch in diesem Bereich blieb überschaubar.

Perspektivisch ist davon auszugehen, dass der Kampf gegen den klimagerechten Umbau der Automobilindustrie nach dem Abflachen der COVID-19-Pandemie und nach dem Rückgang der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung eben dieser erneut Konjunktur haben wird. Bereits im November 2019 konnte Hilburger bei der „Konferenz gegen den Klimawahn“ des extrem rechten Monatsmagazins „Compact“ von Jürgen Elsässer in Magdeburg seine klima- und industriepolitischen Positionen ausbreiten (vgl. Hilburger 2020). Dabei begreift er die Klimapolitik sowie die angestrebte Mobilitätswende als eine gezielte Verschwörung zur Deindustrialisierung Deutschlands ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage. Diese verschwörungstheoretische Sichtweise ermöglicht es,

die industriellen Umbrüche des anstehenden Wechsels zu klimaschonenderen Antriebsarten als ideologische Irrwege zu markieren und „maschinenstürmerisch“ anzugreifen. Die in diesem Kontext von ZA ins Leben gerufene Kampagne „Alternativer Dieselprotest“ verlief sich allerdings bereits nach wenigen Aktionen.

Bei all diesen Themen sind verschwörungstheoretische Denkmuster für die (betriebliche) Propaganda von ZA charakteristisch. Während Gewerkschaften, Kapital und Globalisierung die Hauptgegner von ZA darstellen, spielen die Gewerkschaften des DGB und insbesondere die IG Metall eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung der Ziele der Verschwörung (Aderholz 2021, S. 332). So lösen sich die komplexen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge einer zunehmend globalisierten Welt und die Widersprüche eines weltweiten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in einer einfachen, antisemitisch codierten Verschwörung auf: Gemeinsam streben die Politik bzw. das „Merkel-Regime“ (Elsässer 2020, S. 50), die Gewerkschaften des DGB und die Konzerne im Auftrag der „Wall-Street“ a. a. O., S. 51) und der „City of London“ (ebd.) eine Deindustrialisierung Deutschlands und den Abbau von industriellen Arbeitsplätzen an.

Hierbei wird auch deutlich, dass ZA in seiner Betriebspolitik das macht, was extreme Rechte bei der Behandlung der sozialen Frage immer gemacht haben: Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit oder auch die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen oben und unten wird zur Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen innen und außen umgedeutet. Mit dieser Herangehensweise lassen sich harmonische materielle Verhältnisse unter (völkisch) „Deutschen“ propagieren und der zentrale Verteilungskonflikt wird nach „Außen“ verschoben. Dieses argumentative Muster fand sich auch schon in den Debatten um den Zugang Geflüchteter und um die Schuldenkrise südeuropäischer Staaten der EU. Hier führte diese Verschiebung des Konfliktfeldes zu der Frage Sozialstaat versus Transferleistungen an die EU bzw. Kosten für Geflüchtete. In al-

len Fällen führt dieses Vorgehen dazu, dass ZA schlicht von der Notwendigkeit entbunden ist, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in ihrer Betriebspolitik auszutragen und real Verbesserungen für die Beschäftigten durchzusetzen. Darüber hinaus verweist sie auf den Kern extrem rechter Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen, die in der Formierung einer homogenen, autoritären Volksgemeinschaft und der Konstruktion einer harmonischen Betriebsgemeinschaft zum „Wohle Deutschlands“ liegt.

Diese verschwörungstheoretische Sichtweise ermöglicht es, jegliche Auseinandersetzung mit den real existierenden Problemen der Automobilindustrie zu verweigern: Da die Probleme der Beschäftigten auf einer Verschwörung basieren, muss man sich weder mit den Herausforderungen des menschengemachten Klimawandels sowie dessen Eindämmung noch mit den technologischen Veränderungen der Automobilindustrie sowie den sich verändernden weltweiten Konkurrenzbedingungen beschäftigen. Aus dieser Perspektive reicht es aus, die industriellen Umbrüche des anstehenden Wechsels zu klimaschonenderen Antriebsarten als ideologische Irrwege zu markieren und „maschinenstürmerisch“ anzugreifen. Auf dieser Basis wird die Abwehr der bevorstehenden industriellen Transformationen mit dem Ziel des Schutzes der „eigenen“ Lebensweise propagiert. Letztendlich fehlt bei ZA jenseits dieses rückwärts-gewandten Beharrens auf dem Bestehenden jegliche zukunftsorientierte Positionierung, wie die Interessen der Beschäftigten in der Automobilindustrie mit den Herausforderungen der Bewältigung des menschengemachten Klimawandels zu vermitteln sein könnten. Unternehmenstrategien, die auch unabhängig von klimapolitischen Entscheidungen die Beschäftigten unter Druck setzen, wie Produktivitätssteigerung durch Digitalisierung und Kostensenkung durch Standortverlagerungen, hat diese angebliche Gewerkschaft ebenfalls nichts entgegengesetzt.

## Die Betriebsratswahlen 2022

ZA hat für die Betriebsratswahlen 2022 einen hohen Zuspruch in den Betrieben erwartet. So sollte die Zahl der Betriebsratsmandate in den Betrieben, in denen ZA bereits vertreten war erhöht, neue Betriebsratsmandate in weiteren Betrieben ihrer Kernbranche gewonnen und über Betriebsratsmandate in Betrieben anderer Branchen diese für ZA erschlossen werden. Auch diese Wahlen wurden von umfangreichen, professionell gemachten Videos begleitet, die über die sozialen Medien verbreitet wurden. Hierbei hat ZA insbesondere die IG Metall und die Gewerkschaften des DGB als Hauptfeinde massiv angegriffen. Insgesamt war das Ergebnis für ZA bei den diesjährigen Betriebsratswahlen dennoch ernüchternd. Es konnten insgesamt – Stand Ende Juni 2022 – nur 18 Betriebsratsmandate in acht Betrieben gewonnen werden. Bemerkenswert ist, dass ZA sein bestes Ergebnis erneut in seinem „Stammwerk“ in Untertürkheim einfahren konnte: Hier wurde ein Mandat hinzugewonnen, so dass ZA nun 7 Sitze in dem 47er Gremium besetzt. Offensichtlich hat die Präsenz der extrem rechten Betriebsräte seit nunmehr zwölf Jahren zu einer gewissen Verankerung in der Belegschaft geführt. Jenseits ihrer bisherigen Betriebe und Branchen konnte ZA nach derzeitigem Wissensstand nicht punkten. So sind beispielsweise aus dem mit der Kampagne „Deutschland gegen die Impfpflicht“ anvisierten Gesundheitssektor keine ZA-Listen bei den Betriebsratswahlen bekannt.

Insgesamt konnte die IG Metall in den Betrieben, in denen ZA angetreten ist, ihre Position in den Betriebsratsgremien stabilisieren bzw. in einigen Gremien auch Betriebsratsmandate hinzugewinnen. Bereits 2018 war feststellbar, dass die Mandate von ZA nicht auf Kosten der IG Metall-Listen gingen und die IG Metall die Zahl ihrer Betriebsratsmandate mindestens halten, wenn nicht gar ausbauen konnte. Die Zugewinne der rechten Listen gingen damals auf Kosten „christlicher“ (bspw. CGM) oder unabhängiger Betriebsratslisten. Dabei lagen alle Betriebe, in denen „Zentrum Automobil“ angetreten war, in Bundesländern, in denen die AfD zuvor große parlamentari-

sche Erfolge insbesondere bei Arbeiter\*innen erzielen konnte. Offenbar fiel die Entscheidung für eine extrem rechte Partei bei parlamentarischen Wahlen erheblich leichter, als die Entscheidung für die Wahl einer extrem rechten Liste bei Betriebsratswahlen. Dies lässt zum einen den Schluss zu, dass die Entscheidungen von Betriebsräten unmittelbar die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Wähler\*innen berühren und man dementsprechend nicht zu schwer kalkulierbaren Experimenten bereit ist. Zum anderen verweist es darauf, dass die Betriebspolitik von IG Metall und den lokalen Betriebsräten durchaus Zustimmung bei den Beschäftigten findet und diese als legitime sowie wirkmächtige Organe der eigenen Interessenvertretung angesehen werden.

Auch die Ergebnisse der diesjährigen Betriebsratswahlen sind maßgeblich ein Erfolg der IG Metall und ihrer Betriebsräte wie Vertrauensleute. Diese haben in den betrieblichen Wahlkämpfen zum einen eine strikte Positionierung gegen „Zentrum“ vertreten und zum anderen die betriebspolitischen Erfolge der gewerkschaftlichen Interessenvertretungen betont. Eine offensive Strategie aus Aufklärung über den extrem rechten Charakter von ZA kombiniert mit einem selbstbewussten Vertreten der eigenen Positionen ist also durchaus geeignet, ZA einzudämmen und zurückzudrängen. Dennoch konnte ZA im Wesentlichen seine bisherigen „Brückenköpfe“ halten und hat so auch weiterhin Gelegenheit, betriebspolitische Erfahrung in der Praxis zu sammeln. ■

#### Literatur

- Aderholz, David (2021): Extrem rechte Zugriffe auf die Arbeitswelt: eine kritisch-hermeneutische Untersuchung von Propagandamaterial von Zentrum Automobil und der Kampagne Werde Betriebsrat. In: ZRex. Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung Jg. 1, Heft 2 (2021). Verlag Barbara Budrich. S.322-343.
- Allmendinger, Björn / Howind, Sascha (Hrsg.) 2020: Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Hintergründe – Erscheinungsformen – Handlungsoptionen, Hannover.

- Allmendinger, Björn / Haarfeldt, Mark 2020: Oliver Hilburger – rechter Netzwerker und Betriebsrat. In: Allmendinger / Howind 2020, S.88-97.
- Betriebsrat Daimler-Werk Untertürkheim (2018): Erklärung des Betriebsrates Werk Untertürkheim und Entwicklung Pkw.
- Bieling, Hans-Jürgen 2017: Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa – Umrisse einer gesellschaftstheoretischen Erklärung. In: WSI-Mitteilungen 8/2017, S. 557–565.
- Brinkmann, Ulrich / Hassan-Beik, Maren / Zappino, Lukas 2020: Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung, Hamburg.
- DGB 2018: DGB Verteilungsbericht 2018. Löhne, Mieten, Steuern – Schiefelage beseitigen! Berlin.
- DGB 2021: Bundestagswahl 2021: So haben Gewerkschafter\*innen gewählt. Online unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++79fb7b60-1f79-11ec-88c8-001a4a160123> (zuletzt abgerufen am 04.01.2021).
- Dörre, Klaus 2018: Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: Becker/Dörre/Reif-Spirek (Hg.), 49-80.
- Dörre, Klaus 2020: In der Warteschlange. Arbeiter\*innen und die radikale Rechte, Münster.
- El-Mafaalani, Aladin 2018: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt, Köln.
- Gebhard, Richard 2018: Der Kulturkampf des autoritären Populismus gegen die (Neo-)Liberalisierung der Bundesrepublik oder: Was ist der Rechtsruck? In: Häusler, Alexander/Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung. Münster. S. 38-56.
- Hilmer, Richard / Kohlrausch, Bettina / Müller-Hilmer, Rita / Gagné, Jérémie 2017: Einstellung und soziale Lebenslage. Working Paper Forschungsförderung 44 der Hans-Böckler-Stiftung.
- Polanyi, Karl 2017: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursachen von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main.
- Sauer, Dieter / Stöger, Ursula / Bischoff, Joachim / Detje, Richard / Müller, Bernhard 2018: Rechtspopulismus und Gewerkschaften – Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.
- Schäfer, Roland / Jahn, Andreas / Potenza, Antonio 2020: Strategien rechter Betriebsräte – das Beispiel »Zentrum Automobil«. In: Allmendinger / Howind 2020, S. 79-87.

- Schröder, Martin 2018: AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 975, Online unter: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.595120.de/diw\\_sp0975.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf) (zuletzt abgerufen am 21.08.2018).
- Tagesschau 2021a: Bundestagswahl 2021. Wen wählten Angestellte und Arbeiter? Online unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-job.shtml> (zuletzt abgerufen am 04.01.2021).
- Tagesschau 2021b: Bundestagswahl 2021. Wahlverhalten nach Geschlecht. Online unter: [https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/charts/umfrage-werwas/chart\\_876484.shtml](https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/charts/umfrage-werwas/chart_876484.shtml) (zuletzt abgerufen am 04.01.2021).
- Urban, Hans-Jürgen 2018: Kampf um die Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik H. 3, 103-112.

#### Quellen

- Elsässer, Jürgen (2020): Alle Räder stehen still. In: Compact-Magazin 01/2020, S. 50-52.
- Hilburger Oliver (2020): »Man muss 1 und 1 zusammenzählen«. In: Compact-Magazin 01/2020, S. 48-49.

## PapyRossa Verlag



Frank Deppe  
Georg Fülberth  
André Leisewitz (Hg.)

### Fortschritt in neuen Farben? Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen

259 Seiten | € 16,90  
978-3-89438-787-7

Sozialökologische Erneuerung, digitale Infrastruktur? Wie weit blamieren sich die Schlagworte der Ampel als einer »Fortschrittskoalition« an sozialen Verwerfungen, am Wettrüsten oder an Großkonflikten? Mit Beiträgen der Herausgeber sowie von Dieter Boris, Jörg Goldberg, Thomas Kuczynski, Gisela Notz, Werner Ruf u. a.



Andreas Pittler

### Geschichte Irlands Basiswissen Politik/ Geschichte/ Ökonomie

124 Seiten | € 9,90  
978-3-89438-799-0

Irland, die grüne Insel, hat eines im Übermaß: Geschichte. Von den Sagen des »keltischen Zwielfichts« bis zur Auflehnung gegen die britische Herrschaft, die in den Osteraufstand 1916 und die Teilung der Insel mündete. Bei den Rebellionen war die unorthodoxe Linke stets eine tragende Kraft. Welche Rolle kann sie heute einnehmen?

Tel.: (02 21) 44 85 45 | [mail@papyrossa.de](mailto:mail@papyrossa.de)  
[www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)